

**Die CDA-Landestagung Sachsen-Anhalt hat am 11. März 2017 folgenden Leitantrag
als Beschluss gefasst:**

Mit Herz und Vernunft Zukunft sichern

Wer hätte 1990 erwartet, dass unsere Welt im Jahre 2017 vor so vielen ungelösten Problemen und Aufgaben stehen würde. Mit dem Ende des kalten Krieges und der Blockkonfrontation hatten wir die wohlbegründete Hoffnung, einer friedlichen Zeit entgegen gehen zu können, die auch genügend Potenziale freisetzen würde, die damals drängenden sozialen und ökologischen Fragen einer Lösung zuzuführen.

Freilich ist in den letzten Jahren in Europa, in Deutschland und besonders in den neuen Bundesländern sehr viel erreicht worden. Die soziale Sicherheit konnte deutlich gestärkt werden, die materiellen Lebensverhältnisse haben sich für die allermeisten Menschen spürbar verbessert. Die Umweltverschmutzung, besonders in der ehemaligen DDR, konnte deutlich reduziert werden. Umweltschäden konnten saniert werden. Der Rechtsstaat ist erfahrbare Wirklichkeit geworden.

Und doch droht die Welt aus den Fugen zu geraten: Neue internationale Krisenherde, ja Kriege, können offensichtlich nicht beherrscht werden. Sie drohen, sich auszuweiten. Die internationale Staatengemeinschaft ist nicht oder nicht genügend in der Lage, für Frieden, Sicherheit und Wohlstand für die Völker dieser Erde zu sorgen. Wir, im wohlhabenden Europa, wir im sehr wohlhabenden Deutschland, ahnen, dass unsere eigene Sicherheit, unser eigener Wohlstand auf Dauer nur gesichert werden können, wenn es gelingt, die anderen Völker aus ihrer Misere ein gutes Stück herauszuführen.

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) hat sich immer für einen Interessenausgleich im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft eingesetzt, national wie international. Nicht umsonst heißt es in unserem 2001 beschlossenen Grundsatzprogramm „Erst der Mensch, dann der Markt“. Alle gesellschaftlichen Verhältnisse müssen danach beurteilt werden, ob sie dem Menschen dienen.

Was heißt dieses für unsere Arbeit im Jahr 2017? Was heißt dieses für unsere Arbeit in Sachsen-Anhalt?

Die CDA muss der CDU helfen, ihren richtigen Weg zu finden:

Die CDU muss eine Partei der Mitte bleiben, die Menschen aus allen sozialen Schichten eine Perspektive in dieser Gesellschaft bietet.

Die CDU muss es schaffen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in dieser Gesellschaft zu stärken. Der Mensch ist das Maß aller Dinge. An ihm muss sich alles Handeln messen lassen. Unser Handeln wurzelt in der katholischen Soziallehre, der evangelischen Sozialethik und einer humanistischen Tradition. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen ausgegrenzt oder abgehängt werden. Dies darf um ihrer Menschenwürde nicht zugelassen werden, wäre aber auch politisch hochgefährlich. Abgehängte und ausgegrenzte Menschen sind bevorzugte Zielgruppen von Populisten und Extremisten.

Der wirtschaftliche Wandel ist rasant. Die digitale Revolution hat tiefgreifende Auswirkungen auf alle Bereiche der Gesellschaft - von der Arbeitswelt über die Medienlandschaft bis zum Verkehr und zum Erscheinungsbild unserer Innenstädte. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und zugleich ihre Risiken begrenzen. Wir wollen auch im digitalen Zeitalter Teilhabe aller an guter Arbeit und einen umfassenden Datenschutz. Virtuelle Kommunikation ersetzt nicht das persönliche Miteinander. Gute Arbeit ist auch in der digitalisierten Welt möglich.

Mitbestimmung und Betriebsverfassung sind Säulen der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Leider haben wir in den neuen Bundesländern weiterhin eine unterdurchschnittliche Tarifbindung und eine unterdurchschnittliche Anzahl von Betriebsräten. Dieses ist kein Standortvorteil, sondern ein Standortnachteil. Die Wirtschaftsförderpolitik dieser Landesregierung muss es schaffen, Wirtschaftsförderung mit einer höheren Tarifbindung und einer besseren Mitbestimmungskultur zu verbinden.

Wir sprechen uns für die Stärkung einer beitragsfinanzierten, grundsätzlich paritätisch ausgestalteten Sozialversicherung aus. Die auch von der Union mit initiierte Auflösung der Parität hat nicht die versprochenen Effekte erzielt. Sie hat die Versicherungen geschwächt und den sozialen Zusammenhalt nicht befördert.

Der Mensch ist auf Gemeinschaft angelegt. Keiner kann allein leben. Die erste und wichtigste Form des Zusammenlebens ist die Familie. Wir wollen all jene Formen des Zusammenlebens stärken, in denen Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Die stabilste Form des Zusammenlebens ist die Ehe. In ihr stehen Partner füreinander ein, und zugleich bietet sie den größten Schutzraum für Kinder. Wir werben für die Ehe. Daher stehen wir zum Ehegattensplitting; seine Vorteile sollen beiden Partnern in gleicher Weise zugutekommen. Wir stehen auch zur beitragsfreien Mitversicherung von Ehegatten in Kranken- und Pflegeversicherung sowie zur Hinterbliebenenabsicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Der demografische Wandel stellt uns vor große Herausforderungen. Sie betreffen uns, unsere Familien, die Gesellschaft, die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, den Sozialstaat und das Verhältnis von Alt und Jung. Der demografische Wandel ist eine umfassende Herausforderung. Wir wollen den Ansprüchen einer veränderten Bevölkerungsstruktur genügen und Menschen jeden Alters politische, ökonomische, soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen. Wir stehen ein für die Einheit und das Miteinander von Alt und Jung, das Prinzip Generationenvertrag und eine Politik der Generationengerechtigkeit.

Die Gesetzgebungskompetenz für die Förderung von Kindern liegt zum großen Teil bei den Ländern. Hier wiederum spielt das Kinderförderungsgesetz eine herausragende Rolle. Es muss noch in der ersten Hälfte dieser Wahlperiode gelingen, ein finanzierbares Gesetz guter Kinderbetreuung zu beschließen. Wir unterstützen die aktuellen Bestrebungen für eine Novellierung des Gesetzes bis Ende 2017. Dabei ist eine offene Diskussion über Inhalte und Struktur notwendig um folgende Sachverhalte mit zu berücksichtigen:

1. Verbesserung der tatsächlichen Betreuungsrelation,
2. klare und nachvollziehbare Finanzierungswege und
3. Berücksichtigung von Ausfallzeiten bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der

Kindertageseinrichtungen. Dabei ist der Rechtsanspruch auf die tatsächlichen Bedürfnisse und eine dauerhafte Finanzierungsfähigkeit hin zu überprüfen. Für uns steht die Verantwortung der Eltern für die Erziehung ihrer Kinder deutlich im Vordergrund.

Bildung ist der beste Rohstoff für eine Gesellschaft, da er sich bei seinem Gebrauch vermehrt. Es muss deshalb diese Wahlperiode als Chance genutzt werden, die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen durch eine gute Unterrichtsversorgung zu stärken. Für ideologisch motivierte Experimente dürfen unsere Kinder und unsere Schulen nicht zur Verfügung stehen.

Die Hochschulen unseres Landes bedürfen einer verlässlichen Finanzierung. Spitzenforschung muss so gefördert werden, dass Sachsen-Anhalt gegenüber anderen Exzellenzstandorten nicht weiter zurückfällt.

Viele Menschen kommen auf der Flucht vor Krieg, Diktatur und Armut zu uns. Nicht alle wollen bleiben. Nicht alle können bleiben, weil das unsere Möglichkeiten übersteigt. Wir erwarten von den Neuankömmlingen, dass sie sich an unsere Gesetze halten. Wer dagegen verstößt, muss unser Land verlassen. Aber die, die bleiben und sich an die Regeln halten, heißen wir willkommen und wollen wir in unsere Mitte nehmen. Gemeinsam stehen wir ein für Vielfalt, Toleranz und Verständigung. Jedwede Form von Extremismus, Intoleranz und Gewalt lehnen wir als Christlich-Soziale ab, gleichgültig ob sie von Rechts- oder Linksextremisten oder religiösen Fanatikern kommt. Jeder Mensch ist wertvoll. Wir bekennen uns zur offenen Gesellschaft.

Wir wollen einen starken Staat – gerade um der Schwachen willen. Menschenwürde und Gerechtigkeit sind für uns Christlich-Soziale die Maßstäbe, die wir an Staat und Gesellschaft anlegen. Die Institutionen müssen den Menschen dienen. Der Aufbau der Institutionen in Staat und Gesellschaft muss dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen. Was vor Ort gelöst werden kann, muss vor Ort entschieden werden. Wir bekennen uns zum demokratischen Prinzip und zur repräsentativen Demokratie. Populisten und Extremisten, die unsren Rechtsstaat und seine Institutionen verächtlich machen ist mit allen demokratischen Mitteln deutlich entgegen zu treten. Die Sorgen von Bürgern, die meinen, dass die Populisten mit vermeintlich einfachen Lösungen zum Wohle unserer Gesellschaft einen Beitrag leisten könnten, sind ernst zu nehmen. Diese Bürger geben wir für die Demokratie nicht verloren. Es muss immer wieder versucht werden, sie in den gesellschaftlichen Dialog erneut mit hineinzunehmen.

Die gute Idee eines vereinten und friedlichen Europas ist derzeit massiver Kritik ausgesetzt. Dabei wird oft verkannt, dass es wahrscheinlich gerade dieser europäische Einigungsprozess war, der uns eine schon über 70 Jahren währende Friedensperiode gebracht hat. Wir wollen deshalb weiter ein Europa, das auf gemeinsamen Werten basiert.

Die Einheit Europas und die Einigkeit der Europäer sind für die CDA Voraussetzung und Garanten für eine Zukunft Deutschlands in Frieden und Wohlstand. Europa ist mehr als eine Wirtschafts- oder Währungsgemeinschaft. Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft. Denn die europäische Idee basiert auf gemeinsamen Werten, die im christlichen Menschenbild, den Errungenschaften der Aufklärung und der humanistischen Tradition wurzeln.

Wir wollen, dass Europa weiter zusammenwächst und nicht zerfällt. Wir orientieren uns an der Vision der „Vereinigten Staaten von Europa“. Bei der Aufgabenverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten orientieren wir uns am Subsidiaritätsprinzip. Doch viele Probleme können auf der nationalen Ebene nicht mehr gelöst werden. So sind beispielsweise ein effizienter Umweltschutz, eine auch multinationale Konzerne erfassende Steuerpolitik und auch der Schutz des internationalen Handels nicht durch Deutschland allein sicherzustellen. Daher brauchen wir ein einiges Europa mit handlungsfähigen demokratischen Institutionen, die zum Beispiel Fragen der sozialen Gerechtigkeit europaweit in Angriff nehmen. Denn soziale Gerechtigkeit ist der Garant für ein friedliches Zusammenleben innerhalb Europas. Europa lebt von Solidarität insbesondere in und nach Krisenzeiten. Vor allem junge Menschen in ganz Europa brauchen unsere Solidarität.